

Banken- und Finanz- marktregulierung in Europa – Glossar

5. AKTUALISIERTE AUFLAGE





A

ABCP Asset-Backed Commercial Paper

Forderungsbesichertes Wertpapier mit kurzer Laufzeit, bei dem eine Sponsorbank eine Liquiditätslinie zur Absicherung sämtlicher Risiken des Investors zur Verfügung stellt. Begriff steht im Zusammenhang mit der Initiative der Europäischen Kommission (→ [EC](#)) zur Wiederbelebung der Verbriefungsmärkte. → [STS-VERBRIEFUNGEN](#)

ABS Asset-Backed Securities

Forderungsbesicherte Wertpapiere. Es werden Rechte (etwa aus Forderungen) oder andere Zahlungsansprüche beispielsweise in Form von handelbaren Wertpapieren verbrieft. Es handelt sich somit um Wertpapiere, die durch Aktiva besichert werden („asset-backed“).

ABSPP Asset-Backed Securities Purchase Programme

Programm zum Ankauf forderungsbesicherter Wertpapiere. Im September 2014 vom EZB-Rat in Verbindung mit dem → [CBPP](#) beschlossen. Der Ankauf von → [ABS](#)-Papieren am Primär- und Sekundärmarkt soll die Transmission der Geldpolitik verstärken, die Kreditversorgung der Wirtschaft im Euroraum unterstützen und dadurch eine weitere geldpolitische Lockerung bewirken. Die Kriterien zum Ankauf wurden mehrfach angepasst.

ACC Additional Credit Claims

Damit der uneingeschränkte Zugang von Banken zu Zentralbankliquidität auch unter ungünstigen Bedingungen sichergestellt ist, hat das Eurosystem den nationalen Zentralbanken ermöglicht, vorübergehend zusätzliche Arten von Sicherheiten zu akzeptieren. So können sie besonderen Bedingungen in ihrem jeweiligen Land, wie etwa den Arten von verfügbaren Sicherheiten oder bestimmten gesetzlichen und operativen Gegebenheiten, Rechnung tragen. Die Bundesbank hat die ACC zurzeit nicht umgesetzt.

**NEU** **ACH** Automated Clearing House

Ein elektronisches Clearing-System, das Zahlungen zwischen Zahlungsdienstleistern austauscht und beispielsweise in TARGET2 verrechnet. Der Austausch (Clearing) und die Verrechnung (Settlement) der Zahlungen werden meistens mehrfach am Tag zu festgelegten Zeiten durchgeführt. Die Verrechnung erfolgt brutto (je Datei) oder netto (nur Saldo) über Konten der teilnehmenden Finanzdienstleister bei einer Zentralbank oder einer privaten Settlement-Bank. Es handelt sich meist um eine große Anzahl von Zahlungen, wie Überweisungen bzw. Lastschriften.

ADR Alternative Dispute Resolution

Alternative bzw. außergerichtliche Streitbeilegung. Verfahren zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten durch neutrale Dritte (zum Beispiel Ombudsleute, Schlichter, Mediatoren) im Wege einer für beide oder nur für eine Partei verbindlichen Entscheidung, eines für beide Parteien unverbindlichen Schlichtungsvorschlags oder mittels Unterstützungsleistungen, die die Parteien befähigen, ihre eigene Lösung zu finden.

AIFM Alternative Investment Fund Manager

Verwalter alternativer Investmentfonds.

AIFMD Alternative Investment Fund Managers Directive (AIFM-Richtlinie)

EU-Richtlinie, die Verwalter von Investmentvermögen reguliert, die nicht unter die OGAW-Richtlinie fallen. → [OGAW V](#)

AML/AMLD Anti-Money Laundering/Anti-Money Laundering Directive

Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche, deren Vorgaben auf EU-Ebene statuiert werden und die in nationales Recht umgesetzt wird.

**AnaCredit** Analytical Credit Datasets

Granulare Datenbank der → EZB mit detaillierten Informationen über Einzelkredite von Banken im Euroraum für geldpolitische und aufsichtsrechtliche Zwecke.

APP Asset Purchase Programme

Programm zum Ankauf von Vermögenswerten. Anfang 2015 vom EZB-Rat beschlossen. Siehe auch → CBPP, → ABSPP, → PSPP, → CSPP und → PEPP.

AQR Asset Quality Review

Umfangreiche, risikoorientierte Prüfung der Aktiva-Qualität von Instituten. Die Ergebnisse bilden in der Regel den Ausgangspunkt aufsichtlicher Stresstests.

AStV Ausschuss der Ständigen Vertreter

Der AStV setzt sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten der → EU zusammen, die den Rang von Botschaftern haben. Er hat die Aufgabe, die Arbeiten des Rates der EU in der Zusammensetzung der jeweiligen Fachminister vorzubereiten. Den Vorsitz führt jeweils der EU-Mitgliedstaat, der auch den Ratsvorsitz innehat.



B

BAIT Bankaufsichtliche Anforderungen an die Informationstechnologie

Ergänzend zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken (MaRisk) interpretieren auch die BAIT die gesetzlichen Anforderungen des § 25 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 4 und 5 Kreditwesengesetz (KWG). Die deutsche Aufsicht (BaFin) konkretisiert mit den BAIT, was unter einer angemessenen technisch-organisatorischen Ausstattung der IT-Systeme, unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen an die Informationssicherheit sowie eines angemessenen Notfallkonzeptes, zu verstehen ist. Aufgrund des zunehmenden Bezugs von IT-Dienstleistungen von Dritten, zum Beispiel im Rahmen von Auslagerungen, wird auch der § 25 b KWG in diese Interpretation einbezogen.

BCBS Basel Committee on Banking Supervision

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht. Entwickelt international abgestimmte Regeln zur Bankenaufsicht. Beschlüsse des Ausschusses sind als Empfehlungen nicht rechtlich verbindlich. Mitglieder sind die Vertreter von Notenbanken und Aufsichtsbehörden wichtiger Industrie- und Schwellenländer. Der Ausschuss ist bei der → [BIS/BIZ](#) in Basel angesiedelt.

BCM Business Continuity Management

Kontinuitätsmanagement. Weiterbetrieb einer Bank und ihrer Geschäftsprozesse bei Störungen im normalen Betrieb.

Benchmark-VO

EU-Verordnung, die zum Schutz von Investoren und der Marktintegrität sicherstellen soll, dass in der → [EU](#) verwendete Referenzwerte robust, zuverlässig und nicht manipulierbar sind.

**BEPS** Base Erosion and Profit Shifting

Erosion der Bemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung. Vorhaben der → [OECD](#) zur Bekämpfung bzw. Vermeidung der Steuerhinterziehung.

UPDATE

BIS/BIZ Bank for International Settlements/Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Unterstützt die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und den internationalen Zahlungsausgleich (Settlement). Die BIS/BIZ hat ihren Sitz in Basel. Dort sind der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (→ [BCBS](#)), das Financial Stability Board (→ [FSB](#)) und das Committee on Payments and Market Infrastructures (→ [CPMI](#)) angesiedelt.

BoS Board of Supervisors

Rat der Aufseher der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (→ [EBA](#)). Wichtigstes Entscheidungsgremium der Behörde, trifft alle politischen Entscheidungen, zum Beispiel über die Annahme von Entwürfen technischer Standards, Leitlinien, Stellungnahmen und Berichte. Der Rat der Aufseher trifft seine Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit, bestimmte Beschlüsse erfordern eine qualifizierte Mehrheit. Mitglieder sind die Leiter der für die Beaufsichtigung von Kreditinstituten zuständigen Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten.

BRRD Bank Recovery and Resolution Directive

EU-Bankenabwicklungsrichtlinie oder auch Krisenmanagementrichtlinie. Europäische Richtlinie mit Mindestvorgaben für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen. → [SRM](#)



C

CA Competent Authority

Oberbegriff für die in einem bestimmten Bereich zuständigen Behörden. Das können die Bankenaufsichtsbehörden, die Wertpapieraufsichtsbehörden oder die Europäische Zentralbank → EZB sein. → NCA

CA Comprehensive Assessment

Umfassende Bewertung, bestehend aus dem → AQR und dem aufsichtlichen Stresstest.

CBDC Central Bank Digital Currency

Digitale Währung, die von Zentralbanken in Ergänzung zu physischen Banknoten und Münzen sowie Sichtguthaben bei Zentral-/Notenbanken ausgegeben werden kann. In Europa wird die Ausgabe eines „digitalen Euro“ als CBDC durch die → EZB kontrovers diskutiert.

CBPP Covered Bond Purchase Programme

Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen. Vom EZB-Rat im Jahr 2009 beschlossen, um den Markt für diese Papiere zu stabilisieren und so Refinanzierungsproblemen der Banken entgegenzuwirken. Es folgte im Jahr 2011 das CBPP2 sowie im Jahr 2014 das CBPP3. Insbesondere Letzteres hat das Ziel, die Kreditvergabe anzuregen und somit die Inflationsrate wieder näher an das Zielniveau von 2% zu bringen.

CBR Combined Buffer Requirement

Kombinierte Pufferanforderung nach den Vorgaben der → CRD (Kapitalerhaltungspuffer, antizyklischer Kapitalpuffer, G-SRI-/A-SRI-Puffer, Systemrisikopuffer) gemäß der zweiten Säule. → TSCR, → OCR, → SREP

**CCCTB Common Consolidated Corporate Tax Base**

Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB). Vorhaben der Europäischen Kommission für ein gemeinsames System zur Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage für Unternehmen, die in der → EU aktiv sind. Die GKKB umfasst einheitliche Regeln, die diese Unternehmen zur Berechnung ihrer steuerpflichtigen Gewinne anwenden können. Darüber hinaus müssen Konzerne innerhalb des GKKB-Systems nur eine einzige zusammenfassende Steuererklärung für ihre gesamten Aktivitäten in der EU einreichen. Der konsolidierte steuerliche Gewinn eines Konzerns wird dann auf Basis einer einfach anzuwendenden Formel den einzelnen Konzerngesellschaften zugewiesen. Auf diese Weise kann jeder Mitgliedstaat den Gewinn der bei ihm steuerpflichtigen Unternehmen unter Anwendung seines jeweiligen nationalen Steuersatzes besteuern.

CCP Central Counterparty

Zentrale Gegenpartei. Unternehmen, die als Gegenpartei bei Derivatekontrakten oder Wertpapierfinanzierungsgeschäften zwischen die (ursprünglichen) Vertragsparteien treten.

CCR Counterparty Credit Risk

Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko, dass die Gegenpartei eines Geschäfts, wie zum Beispiel bei Derivategeschäften, vor der abschließenden Abwicklung der mit diesem Geschäft verbundenen Zahlungen ausfällt.

CDD Customer Due Diligence

Kundenbezogene Sorgfaltspflichten; Due Diligence (engl. für „mit der gebotenen Sorgfalt“). Das Geldwäschegesetz (GwG) unterscheidet zwischen drei Arten von Sorgfaltspflichten: der allgemeinen (Regelfall), der vereinfachten (geringeres Geldwäscherisiko) und der verstärkten (erhöhtes Geldwäscherisiko) Sorgfaltspflicht.

**CIR** **Cost-Income-Ratio**

Kennzahl in der Gesamtbanksteuerung zur Beurteilung der Profitabilität eines Instituts, die den Verwaltungsaufwand ins Verhältnis zu den operativen Erträgen setzt.

UPDATE **CLM** **Central Liquidity Management**

Eine Komponente der TARGET-Services, die Informationen zur Liquidität der Zentralbank, zum Management von Kreditlinien und zum Betrieb der Zentralbank sowie Mittel zur Erleichterung der Abwicklung der TARGET-Services bereitstellt. Es betrifft die Dienste von → [TARGET2](#), → [T2S](#) und → [TIPS](#). Das CLM wird im November 2023 durch das → [ECMS](#) abgelöst.

CMU **Capital Markets Union**

Kapitalmarktunion. Leuchtturmprojekt der aktuellen Europäischen Kommission unter Zuständigkeit von Vize-Kommissionspräsident Valdis Dombrovskis. Schaffung eines integrierten Finanzmarktes in der EU; Förderung der Finanzierung der Realwirtschaft über den Kapitalmarkt.

COREPER **Comité des Représentants Permanents**

Ausschuss der Ständigen Vertreter. → [AStV](#)

CRA **Credit Rating Agencies (Ratingagenturen)**

Private Unternehmen, die die Kreditwürdigkeit (Bonität) von Unternehmen sowie von Staaten und deren untergeordneten Gebietskörperschaften bewerten.

CRA

Derzeit in der dritten Änderungsfassung (CRA III); schafft Rechtsgrundlage zur Beaufsichtigung der Ratingagenturen durch → [ESMA](#), enthält Vorschriften, die von Ratingagenturen, unter anderem bei der Erstellung von Ratings, eingehalten werden müssen, und beinhaltet einzelne Vorschriften, die auch Emittenten oder Nutzer von Ratings zu berücksichtigen haben.

**CRD Capital Requirements Directive**

Europäische Kapitaladäquanzrichtlinie. Mit Hilfe der CRD in ihrer jeweiligen Fassung (derzeit CRD IV) werden die Anforderungen der sogenannten zweiten Säule von Basel III in der EU umgesetzt. Das betrifft den → [ICAAP](#), den → [ILAAP](#), den → [SREP](#), die Anforderungen an Kapitalpuffer und die Vergütungsregelungen.

CRIM-MAD Directive on Criminal Sanctions for Market Abuse

Richtlinie über strafrechtliche Sanktionen für Insiderhandel und Marktmanipulation. Regelt ergänzend zur → [MAR](#) die ordnungswidrigkeiten- und strafrechtlichen Sanktionen für marktmissbräuchliches Verhalten.

CRR Capital Requirements Regulation

Europäische Bankenverordnung. Europäische Umsetzung der sogenannten ersten Säule von Basel III. CRR regelt neben der Definition des regulatorischen Eigenkapitals vor allem die Bemessung der Risikopositionen sowie die Bestimmung der diesbezüglichen Eigenkapitalanforderungen.

CRS Common Reporting Standard

Standard der → [OECD](#) zum multilateralen automatischen Austausch von Informationen über Steuerpflichtige. Von der OECD entwickeltes System eines automatischen Austausches von Informationen über Finanzkonten. Staaten vereinbaren einen Meldeverkehr von Finanzinstitutionen über Daten von Finanzkonten an die nationale Steuerbehörde, die auf automatischer jährlicher Basis Informationen zur Steuerbehörde des Ansässigkeitsstaates des Finanzkontoinhabers übermittelt.

CSA Cyber Security Act

Der europäische Rechtsakt zur Cybersicherheit ist seit 2017 Bestandteil eines umfangreichen Maßnahmenpaketes zur Bekämpfung von Cyberangriffen und zum Aufbau starker Cybersicherheits-Infrastrukturen in Europa. Dazu gehören



unter anderem ein dauerhaftes Mandat der europäischen Cybersicherheitsbehörde → [ENISA](#) und ein europäischer Zertifizierungsrahmen für Cybersicherheit.

CSD Central Securities Depository

Zentralverwahrer (auch Wertpapiersammelbank), der die Verwahrung und den Übertrag von Wertpapieren in Form effektiver Stücke oder von Bucheinträgen (dematerialisierten Wertpapieren) in Wertpapierdepots übernimmt und somit die zentrale Aufbewahrung börsengehandelter Wertpapiere sicherstellt. In Deutschland hat diese Funktion die Clearstream inne.

NEU **CSDDD** Corporate Sustainability Due Diligence Directive

Richtlinienvorschlag der EU-Kommission, um ein nachhaltiges und verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten in allen globalen Wertschöpfungsketten zu verankern. Unternehmen sollen verpflichtet werden, in ihrem Risikomanagement Prozesse zu etablieren, mit denen sie menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken identifizieren, beurteilen und vermindern können.

CSDR Central Securities Depository Regulation

Zentralverwahrer-Verordnung. Enthält neben Regelungen zur Zulassung und Beaufsichtigung von Zentralverwahrern bei der Erbringung grenzüberschreitender Wertpapierdienstleistungen in der → [EU](#) auch Vorgaben zur Verbesserung der Abwicklungsdisziplin der Marktteilnehmer.

CSPP Corporate Sector Purchase Programme

Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors. Das Eurosystem kauft seit Juni 2016 auch Anleihen von Unternehmen im Euro-Währungsgebiet. Anleihen von Kreditinstituten sind von dem Programm ausgeschlossen.

**CSR Corporate Social Responsibility**

Sozialverantwortung von Unternehmen im Sinne des nachhaltigen Wirtschaftens. Die CSR-Richtlinie (2014/95/EU) ergänzt die Bilanzrichtlinie (2013/34/EU) um Angaben nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen, unter anderem durch Kreditinstitute mit mehr als 500 Mitarbeitern. In Deutschland wurde die europäische Richtlinie durch das Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung in (Konzern-)Lageberichten (CSR-RUG) umgesetzt.

NEU CSRD Corporate Sustainability Reporting Directive

Novellierung der → CSR-Richtlinie. Die CSRD führt eine verpflichtende Verortung von Nachhaltigkeitsinformationen zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekten (→ ESG) im Lagebericht sowie eine inhaltliche externe Prüfung dieser Angaben ein und erweitert den Anwendungsbereich. Sie wird durch Vorgaben in Level-2-Standards (→ ESRS) konkretisiert.

CVA-Risiko Credit-Valuation-Adjustment-Risiko

Risiko der Bonitätsverschlechterung eines Kontrahenten. Das CVA ist ein Zuschlag auf die Eigenkapitalanforderung, der das Risiko abbildet, dass sich die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Forderungsschuldners erhöht.



D

NEU DFÜ-Abkommen **Datenfernübertragungsabkommen**

Die fünf Verbände der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) und die Bundesbanken haben das DFÜ-Abkommen unterzeichnet, das deren Mitglieder sowie die Bundesbank zur Einhaltung des → **EBICS**-Standards verpflichtet.

DGS **Deposit Guarantee Scheme**

Einlagensicherungssystem. Bezieht sich auf gesetzliche sowie die amtlich anerkannten Einlagensicherungssysteme, die Einlagen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro pro Kunde und Institut absichern.

DGSD **Deposit Guarantee Scheme Directive**

Richtlinie über Einlagensicherungssysteme. Regelt die Errichtung und Funktionsweise von (nationalen) Einlagensicherungssystemen und legt die Verfahren dafür fest.

DIF **Deposit Insurance Fund**

Gemeinsamer Einlagenversicherungsfonds. Dieser soll im Rahmen der Schaffung einer europäischen Einlagenversicherung errichtet werden; alle beteiligten Banken müssen an den DIF Pflichtbeiträge entrichten. Er soll vom → **SRB** verwaltet werden.

DLT **Distributed Ledger Technology**

Ein Distributed Ledger („verteiltes Kontobuch“) ist ein dezentral geführtes Kontobuch – eine dezentrale, verteilte Datenhaltung bzw. Datenbank. Es ist die technologische Grundlage virtueller Währungen und dient dazu, Transaktionen von Nutzern im digitalen Zahlungs- und Geschäftsverkehr aufzuzeichnen, ohne dass es einer zentralen Stelle bedarf, die jede einzelne Transaktion legitimiert. Häufig besteht ein Distributed Ledger aus einer Blockchain. Die



gesamte Technologie wird als DLT bezeichnet. Bekannteste Anwendung der Blockchain ist Bitcoin oder Ethereum.

NEU **DORA** **Digital Operational Resilience Act**

Mit dem EU-weit einheitlichen Rechtsrahmen für die digitale Betriebsstabilität soll sichergestellt werden, dass Unternehmen im Finanzsektor in der Lage sind, auf Störungen und Bedrohungen ihrer IKT-Infrastruktur zu reagieren. Auf diese Weise sollen Cyberbedrohungen verhindert oder gemindert werden. Ein Inkrafttreten wird zum Jahresende 2022, die Anwendung ab dem Jahresende 2023 erwartet.

DRSC **Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V.**

Der DRSC ist ein Verein zur Förderung der Fortentwicklung der Rechnungslegung mit Sitz in Berlin. International tritt der DRSC als Accounting Standards Committee of Germany (ASCG) auf.

DS-GVO **Datenschutz-Grundverordnung**

Diese europäische Verordnung vereinheitlicht den Schutz personenbezogener Daten in der → [EU](#).



E

UPDATE **EBA** European Banking Authority

Unabhängige EU-Behörde mit Sitz in Paris, die sich dafür einsetzt, eine wirksame und konsistente aufsichtsrechtliche Regulierung und Aufsicht im gesamten europäischen Bankensektor sicherzustellen. Die EBA erarbeitet Entwürfe, mit denen die EU-Kommission bestimmte Vorgaben des EU-Bankaufsichtsrechts konkretisiert.

NEU **EBICS** Electronic Banking Internet Communication Standard

Technischer Standard für den elektronischen Zahlungsverkehr in Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz. Ursprünglich wurde EBICS, das hohe Ansprüche an die Sicherheit stellt und komplexe Autorisierungsmechanismen zulässt, speziell für Firmenkunden entwickelt. Mittlerweile hat sich EBICS auch im Interbankenbereich für Großbetrags-, Echtzeit- und Massenzahlungen etabliert. Die vier nationalen Communitys entwickeln EBICS in der EBICS-Gesellschaft (→ [EBICS SC](#)) weiter, um einen einheitlichen Standard zu gewährleisten.

NEU **EBICS SC** EBICS-Gesellschaft

Die EBICS SC oder auch EBICS-Gesellschaft standardisiert das → [EBICS](#)-Verfahren und wird durch das Board of Directors vertreten. Deutschland und Frankreich haben jeweils vier Sitze, Österreich und die Schweiz jeweils einen Sitz. Die vier kreditwirtschaftlichen Verbände BdB, BVR, DSGV und VÖB haben jeweils einen der insgesamt vier deutschen Sitze. Die EBICS SC ist eine Gesellschaft nach belgischem Recht mit Sitz in Brüssel.

EC European Commission

Europäische Kommission (→ [EK](#)).

**ECB** **European Central Bank**

Europäische Zentralbank (→ [EZB](#)).

NEU **ECMS** **Eurosystem Collateral Management System**

Eine neue Komponente der TARGET-Services, die im November 2023 das → [CLM](#) ablöst. Es harmonisiert die Verwaltung von Sicherheiten für Kreditgeschäfte im Eurosystem (geldpolitische Operationen und Intraday-Kredite in → [TARGET2](#)). Das ECMS wird eine Infrastruktur im Eurosystem sein, die es allen nationalen Zentralbanken in der EU, ihren Gegenparteien und anderen relevanten Akteuren (zum Beispiel Zentralverwahrern, Drittparteienagenten) ermöglicht, in einem einzigen europäischen System über standardisierte Schnittstellen zu arbeiten.

ECOFIN **Economic and Financial Affairs Council**

Rat für Wirtschaft und Finanzen. Der ECOFIN setzt sich aus den Wirtschafts- und Finanzministern der EU-Mitgliedstaaten zusammen und ist für Wirtschaftspolitik, Steuerfragen und die Regulierung von Finanzdienstleistungen zuständig. Der ECOFIN tagt in der Regel einmal im Monat. Die inhaltliche Vorbereitung des ECOFIN erfolgt unter anderem durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter (→ [ASTV](#)).

ECON **Economic and Monetary Affairs Committee**

Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Der ECON ist ein Fachausschuss des Europäischen Parlaments (→ [EP](#)), der unter anderem für die Regelung und Überwachung von Finanzdienstleistungen, -institutionen und -märkten, die Wirtschafts- und Währungspolitik sowie den freien Kapital- und Zahlungsverkehr in der → [EU](#) zuständig ist. In diesen Bereichen erarbeitet der ECON vor allem Legislativvorschläge durch die Annahme von Berichten und reicht Änderungsanträge zur Prüfung im Plenum des Europäischen Parlaments ein.

**EDD** Enhanced Due Diligence

Verschärfte Sorgfaltspflichten bei der Geldwäschebekämpfung. Diese gelten, um erhöhte Risiken durch Anwendung zusätzlicher, verstärkter Sorgfalt auszugleichen, insbesondere bei politisch exponierten Personen (→ [PEP](#)). → [AML/AMLD](#), → [CDD](#)

EDIS European Deposit Insurance Scheme

Europäisches Einlagenversicherungssystem. Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zur Schaffung eines gemeinsamen Sicherungsfonds für die Einlagen von Sparern bei EU-Banken.

UPDATE **EFRAG** European Financial Reporting Advisory Group

Europäische Beratungsgruppe zur Rechnungslegung mit Sitz in Brüssel. Vertritt die europäischen Interessen gegenüber dem → [IASB](#) und koordiniert die Arbeit der nationalen Rechnungslegungsgremien (→ [DRSC](#)). Darüber hinaus berät sie die Europäische Kommission (→ [EK](#)) in Fragen der Anerkennung der → [IFRS](#) und entwickelt für die → [EK](#) Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (→ [ESRS](#)).

EFSF European Financial Stability Facility

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität. Die Mitgliedstaaten der Eurozone haben den EFSF als Reaktion auf die Eurokrise als provisorischen Rettungsschirm zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Eurozone gegründet. Am 1. Juli 2013 wurde der EFSF vom → [ESM](#) abgelöst.

EIOPA European Insurance and Occupational Pensions Authority

Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung mit Sitz in Frankfurt am Main.

NEU **EK/EU-KOM** Europäische Kommission

Die Europäische Kommission ist das Exekutivorgan der → [EU](#) und wurde 1957 gebildet. Sie wirkt im allgemeinen Interesse der EU und hat neben dem Initiativrecht für Rechtsakte in



verschiedenen Politikbereichen auch die Überwachung der Umsetzung von EU-Recht inne. Die Europäische Kommission besteht aus unterschiedlichen Generaldirektionen und Dienststellen, die ihren Sitz überwiegend in Brüssel haben. Die politische Führung wird durch einen Präsidenten, sieben Vizepräsidenten und 20 Kommissare repräsentiert.

ELA Emergency Liquidity Assistance

Notfall-Liquiditätshilfe. Maßnahmen, mit denen eine nationale Zentralbank des Eurosystems einem solventen Finanzinstitut mit vorübergehenden Liquiditätsproblemen eine Unterstützung gewährt, die dem betreffenden Institut Zentralbankgeld verschafft.

EMA European Master Agreement

Ein einheitlicher Rahmenvertrag für Finanzgeschäfte (Derivate, Wertpapierleihen oder Repos), der von den europäischen Spitzenverbänden der Kreditwirtschaft entwickelt wurde. Der EMA wird insbesondere auch von der → **EZB** verwendet.

EMIR European Market Infrastructure Regulation

Marktinfrastrukturverordnung. Enthält Verpflichtungen für Marktteilnehmer zum Clearing ihrer OTC-Standard-Derivategeschäfte über eine → **CCP**, zur Meldung aller Derivategeschäfte an ein → **TR** sowie zur Anwendung von Risikominde- rungstechniken für nicht zentral gelearnte Derivategeschäfte.

EMMI European Money Markets Institute

Administrator des → **EURIBOR**.

EMZK Eigenmittelzielkennziffer

Eigenmittelempfehlung der zweiten Säule gemäß § 6d KWG. Mit der EMZK wird ein Kapitalpuffer festgelegt, der dafür sorgen soll, dass die Kapitalanforderungen auch in Stresssituationen eingehalten werden. Die EMZK wird im Rahmen des → **SREP** auf individueller Basis festgelegt, ist allerdings



nicht rechtsverbindlich einzuhalten. Auf europäischer Ebene wird die EMZK auch als Pillar 2 Guidance (→ [P2G](#)) bezeichnet.

ENISA European Union Agency for Cybersecurity

Die Aufgabe der europäischen Cybersicherheitsbehörde ENISA besteht mit dauerhaftem Mandat darin, in der EU die erforderliche hochgradige Netz- und Informationssicherheit zu gewährleisten. Dazu steht sie mit nationalen Behörden und den EU-Institutionen im dauerhaften Austausch zur Netz- und Informationssicherheit und koordiniert die Kontakte zwischen EU-Institutionen, staatlichen Behörden und Unternehmen mit dem Ziel, die Cybersicherheit in Europa zu stärken.

EONIA Euro OverNight Index Average

Referenzzinssatz, zu dem auf dem Interbankenmarkt im Euro-Währungsgebiet unbesicherte Ausleihungen in Euro von einem Tag auf den nächsten gewährt werden. Er wird seit dem 1. Oktober 2019 mit modifizierter Berechnungsmethode unter gleichbleibender Bezeichnung fortgeführt. Eine Verwendung dieses modifizierten EONIA war bis zum Ablauf der Übergangsfristen in der → [Benchmark-VO](#) am 31. Dezember 2021 möglich.

EP Europäisches Parlament

Eines der beiden gesetzgebenden Organe der → [EU](#). Zusammen mit dem Rat kann es Legislativvorschläge der Europäischen Kommission annehmen und ändern. Neben der Gesetzgebungsbefugnis hat das EP auch Haushalts-, Kontroll- und Beratungsbefugnisse inne. Es setzt sich aus dem Präsidenten und ca. 700 Abgeordneten zusammen, die in den Mitgliedstaaten der EU für jeweils fünf Jahre gewählt werden. Die Abgeordneten des EP schließen sich regelmäßig nach politischer Zugehörigkeit zu Fraktionen zusammen. Derzeit gibt es acht Fraktionen. Das EP verfügt über 20 Fachausschüsse, die für die Vorbereitung der Arbeit des EP im Plenum zuständig sind.

**EPC** European Payments Council

Die Vereinigung von Banken und Bankenverbänden aus ganz Europa mit Sitz in Brüssel hat die Regelwerke für die → [SEPA](#)-Zahlverfahren für Überweisung und Lastschrift entwickelt und ist für ihre Weiterentwicklung und Anpassung an technische Innovationen und neue gesetzliche Vorgaben zuständig.

ERPB Euro Retail Payments Board

Gremium der → [EZB](#). Besteht aus Vertretern der europäischen Kreditwirtschafts- und der Nachfrageseite sowie der nationalen Zentralbanken. Das ERPB-Gremium soll dazu beitragen, die Entwicklung eines integrierten, innovativen und wettbewerbsfähigen Marktes für Massenzahlungen in Euro in der → [EU](#) zu fördern.

ESA European Supervisory Authorities

Europäische Finanzaufsichtsbehörden. Die ESA wurden im Zuge der Reform der europäischen Finanzaufsicht 2011 ins Leben gerufen und setzen sich aus der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (→ [EBA](#)), der Europäischen Aufsichtsbehörde für Wertpapiere und Märkte (→ [ESMA](#)) und der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (→ [EIOPA](#)) zusammen. Die ESA sind für die mikroprudenzielle Aufsicht auf EU-Ebene zuständig und sollen durch die Erarbeitung von Leitlinien, technischen Standards und Empfehlungen zu einer konsistenten und konvergenten Finanzaufsicht in der → [EU](#) beitragen.

ESEF European Single Electronic Format

Europäisches Einheitliches Elektronisches Berichtsformat. In Umsetzung der Transparenzrichtlinie seit dem 1. Januar 2020 für Jahresfinanzberichte vorgeschrieben. Informationen in den → [IFRS](#)-Konzernabschlüssen müssen zudem etikettiert werden („Tagging“ mittels iXBRL). Das Ziel ist die bessere Vergleichbarkeit und Maschinenlesbarkeit. Die ESEF-Taxonomie wird jährlich im Anschluss an die Aktualisierung der IFRS-Taxonomie angepasst.

**ESFS** European System of Financial Supervision

Europäisches System der Finanzaufsicht. Seit 2011 wirkendes dezentrales, mehrstufiges System aus mikro- und makro-prudenziellen Aufsichtsbehörden. Ziele des ESFS sind die Entwicklung einer gemeinsamen Aufsichtskultur sowie die Schaffung eines einheitlichen europäischen Finanzmarktes.

ESG Environmental, Social and Governance Criteria

Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungskriterien werden im Rahmen der nichtfinanziellen Berichterstattung oder im Rahmen von Nachhaltigkeitsratings genutzt, um die Nachhaltigkeit und die ethische Handlungsweise von Unternehmen, Projektnehmern und öffentlichen Institutionen zu bewerten.

ESIS European Standardised Information Sheet

Europäisches Standardisiertes Merkblatt für wohnungswirtschaftliche Kredite zur Erfüllung der Pflicht von Darlehensgebern zur vorvertraglichen Information von Verbrauchern. Diesen soll auf diese Weise die Möglichkeit gegeben werden, europaweit Kreditangebote miteinander zu vergleichen.

ESM European Stability Mechanism

Europäischer Stabilitätsmechanismus. Der ESM hat als europäischer Schutz- und Nothilfemechanismus Mitte 2013 den → [EFSF](#) abgelöst. Er zielt auf die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Eurozone ab. Unter bestimmten Voraussetzungen kann der → [SRF](#) auf Mittel des ESM zurückgreifen, sofern sein Volumen für Abwicklungsverfahren von Instituten nicht ausreichen sollte.

ESMA European Securities and Markets Authority

Europäische Aufsichtsbehörde für Wertpapiere und Märkte mit Sitz in Paris. Mitwirkung an Kapitalmarktregulierung durch Erstellung von Guidelines, → [RTS](#), → [ITS](#), Opinions und → [Q&A](#). Direkte Aufsichtsbehörde für → [TR](#) und → [CRA](#).

**ESRB** European Systemic Risk Board

Europäischer Ausschuss für Systemrisiken zur makroprudenziellen Überwachung in der EU.

NEU **ESRS** European Sustainability Reporting Standards

Konkretisierung der Berichtspflichten aus der → **CSRD**. Die Standards werden von der → **EFRAG** erarbeitet und anschließend von der → **EK** als delegierte Rechtsakte mit unmittelbarer Wirkung angenommen.

€STR Euro Short-Term Rate

Unbesicherter Tagesgeldsatz der → **EZB**. Berechnet wird die €STR auf Basis der vom Eurosystem bereits in der Geldmarktstatistik zur Verfügung stehenden Daten.

EU Europäische Union

Politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluss von 27 Mitgliedstaaten. Die wichtigsten Organe sind der Europäische Rat, der Rat der EU, die Europäische Kommission (→ **EK**) und das Europäische Parlament (→ **EP**). Die Funktionsweise der EU ist politikfeldabhängig, da sie in verschiedenen Bereichen unterschiedliche Kompetenzen und Abstimmungsverfahren besitzt. Meistens werden Rechtsakte im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung der Europäischen Kommission, des Rates der EU und des Europäischen Parlaments verabschiedet.

EuGBS EU Green Bond Standard

Ein in Entwicklung befindlicher, freiwilliger Standard, der als Goldstandard im Bereich der grünen Anleihen in der EU fungieren soll und auf bewährte Marktpraktiken (Green Bond Framework, Second Party Opinion, Reporting) aufsetzt. Der EuGBS orientiert sich an den Taxonomie-Kriterien und Umweltzielen, deren Einhaltung zur Benutzung des Labels berechtigen soll. Durch umfangreiche Berichts- und Bewertungsprozesse soll sichergestellt werden, dass die Mittel lediglich zur Finanzierung grüner taxonomiekonformer Projekte verwendet werden.

**EU-KOM Europäische Kommission**

→ EK

EURIBOR Euro InterBank Offered Rate

Referenzzinssatz, der vom → EMMI veröffentlicht wird und der auf durchschnittlichen Zinssätzen basiert, zu denen die Banken der Eurozone unbesicherte Geldmittel an andere Banken im Euro-Großhandelsmarkt (oder Interbankenmarkt) verleihen. Der EURIBOR wurde vom EMMI im Jahr 2019 schrittweise auf eine hybride – mit der → **Benchmark-VO** konforme – Berechnungsmethode umgestellt und als zulässige Benchmark registriert.

EZB Europäische Zentralbank

Zentralbank mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie ist eines der sieben Organe der → EU. Oberstes Beschlussorgan der EZB ist der EZB-Rat, dem die sechs Mitglieder des EZB-Direktoriums sowie die Gouverneure bzw. Präsidenten der Zentralbanken der Länder des Euro-Währungsgebiets angehören. Der EZB-Rat bestimmt insbesondere über die Geldpolitik des Eurosystems. Als Reaktion auf die Finanz- und Staatsschuldenkrise wurde der EZB im Jahre 2012 eine führende Rolle in der europäischen Bankenaufsicht zugeteilt (→ SSM). Die EZB und die nationalen Zentralbanken des Euroraums bilden das Eurosystem, die EZB und die Zentralbanken aller EU-Mitgliedstaaten bilden das Europäische System der Zentralbanken (ESZB).



F

FATCA Foreign Account Tax Compliance Act

US-amerikanisches Gesetz zur Einführung eines bilateralen Informationsaustausches der USA mit anderen Staaten über Steuerpflichtige.

UPDATE **FATF** Financial Action Task Force

Internationales Gremium zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung sowie anderer Bedrohungen für die Integrität des internationalen Finanzsystems. Der FATF gehören derzeit 37 Mitgliedstaaten und zwei regionale Organisationen an.

FBA Folgenbeseitigungsanspruch

Der Anspruch richtet sich nicht auf Entschädigung in Geld, sondern auf tatsächliche Wiederherstellung des bei rechtmäßigem Verhalten bestehenden Zustandes.

FIA Futures Industry Association

Ein internationaler Verband für die Märkte für Futures, Optionen und zentral geclearte Derivate mit Büros in Brüssel, London, Singapur und Washington, D.C.

FIN-NET Cross-Border Out-of-Court Complaints Network for Financial Services in the European Economic Area

Grenzübergreifendes europäisches Netzwerk für die außergerichtliche Streitbeilegung im Bereich Finanzdienstleistungen. Dem Netz gehören über 50 nationale Schlichtungsstellen im Europäischen Wirtschaftsraum an. Ziel des Netzes ist es, Probleme zu überwinden, die angesichts der unterschiedlichen Rechtsordnungen in Europa insbesondere bei der Bearbeitung grenzüberschreitender Beschwerden auftreten können.

**FINREP** Financial Reporting

Meldung zur standardisierten finanziellen Berichterstattung an die Aufsichtsbehörden.

NEU **FinTS** Financial Transaction Services

Ein technischer Online-Banking-Standard der Deutschen Kreditwirtschaft und eine Weiterentwicklung des Homebanking-Computer-Interface-Standards (HBCI). Ein Kunde benötigt für die Kommunikation über FinTS mit der Bank eine Software für den Computer oder eine FinTS-fähige App. Der Standard wird in Deutschland häufig in der Kommunikation zwischen Banken und Sparkassen und Privatkunden genutzt.

FIU Financial Intelligence Unit

Als Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ist die nationale Zentralstelle für die Entgegennahme, Sammlung und Auswertung von Meldungen über verdächtige Finanztransaktionen, die im Zusammenhang mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung stehen könnten, verantwortlich. Die FIU wurde im Jahr 2017 unter dem Dach der Generalzolldirektion eingerichtet. Sie trägt mit verstärkten Befugnissen als „Intelligence-Einrichtung“ dazu bei, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mittels gezielter Analyse zu verhindern, und entlastet hierdurch insbesondere die Strafverfolgungsbehörden.

FSB Financial Stability Board

Finanzstabilitätsrat zur Überwachung des globalen Finanzsystems mit Sitz bei der → [BIS/BIZ](#) in Basel.

FTT Financial Transaction Tax

Finanztransaktionssteuer. Besteuerung von Finanzgeschäften börslicher und außerbörslicher Art. Sie kann auf Aktien, Rentenscheine und andere Wertpapiere und Derivate erhoben werden. Einige Mitgliedstaaten der → [EU](#) erheben nationale Finanztransaktionssteuern. Im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit haben sich zehn Mitgliedstaaten der EU dazu verabredet, eine gemeinsame FTT einzuführen.



G

GBP Green Bond Principles

Eine Initiative von Marktakteuren, die sich freiwillig zur Einhaltung eines bestimmten Prozesses bei der Emission von Green Bonds (grünen Anleihen) verpflichtet haben. Eine Transparenz bezüglich der Auswirkungen der mit einem Green Bond refinanzierten grünen Aktiva oder Projekte sowie eine regelmäßige Berichterstattung darüber stehen bei der Initiative im Fokus. Die → [ICMA](#) ist Initiator der GBP. Siehe auch → [EU-GBS](#).

GDPR General Data Protection Regulation

→ [DS-GVO](#)

GKKB Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage

→ [CCCTB](#)

GLEIF Global Legal Entity Identifier Foundation

Supranationale gemeinnützige Stiftung mit Hauptsitz in Basel, die im Juni 2014 vom Financial Stability Board (→ [FSB](#)) mit dem Auftrag gegründet wurde, die Implementierung und den Einsatz des Legal Entity Identifier (→ [LEI](#)) zu fördern. Die Stiftung erhält Unterstützung vom LEI Regulatory Oversight Committee (LEIROC) und untersteht dessen Aufsicht. Letzteres wird von Behördenvertretern aus aller Welt gebildet, die gemeinsam die Transparenz auf den weltweiten Finanzmärkten verbessern wollen.

NEU **giroAPI** giro Application Programming Interface

Eine von der Deutschen Kreditwirtschaft entwickelte Schnittstelle (API), die von den Banken zur Verfügung gestellt wird. Darüber können Bankdienste von anderen Banken und Dritten genutzt werden, die über die Dienste der PSD2 hinausgehen und Geschäftsmodelle für alle Akteure erlauben. Für die giroAPI soll im Jahr 2022 erstmals ein



giroAPI-Abkommen zwischen den Verbänden geschlossen werden, das die angebotenen Dienste, deren Nutzung sowie deren Verwaltung regelt.

G-SII **Global Systemically Important Institution**

Global systemrelevantes Institut, dessen Zusammenbruch das weltweite Finanzsystem beeinträchtigen würde. Die zuständigen Aufsichtsbehörden bestimmen jährlich anhand bestimmter Kriterien (Größe, grenzüberschreitende Aktivitäten, Vernetzung mit dem Finanzsystem, Ersetzbarkeit und Komplexität) die als global systemrelevant zu klassifizierenden Institute. G-SIIs müssen insbesondere strengere Eigenkapitalanforderungen einhalten, damit sie Verluste besser absorbieren können.



H

HGB Handelsgesetzbuch

Regelwerk mit deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, das neben Vorgaben für alle Kaufleute auch ergänzende gesetzliche Regelungen zum Beispiel für Kapitalgesellschaften und Kreditinstitute enthält. Es ist maßgeblich für Jahres- und Konzernabschlüsse sowie für (Konzern-)Lageberichte und ihre Prüfung.

IASB International Accounting Standards Board

Unabhängiges, privatwirtschaftliches Gremium mit Sitz in London, das die International Financial Reporting Standards (→ [IFRS](#)) entwickelt und verabschiedet. Darüber hinaus genehmigt es die Interpretationen des IFRIC zur Anwendung der IFRS. Die IFRS bestimmen die Grundsätze, nach denen Jahresabschlüsse von Unternehmen für Zwecke der internationalen Kapitalmärkte erstellt werden.

UPDATE **ICAAP** Internal Capital Adequacy Assessment Process

Bankinterner Prozess zur Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung. Die Institute sollen ihre wesentlichen Risiken identifizieren, überwachen und durch eine angemessene Kapitalausstattung abdecken. Die aufsichtliche Überprüfung des ICAAP ist ein wesentlicher Bestandteil des

→ [SREP](#). → [ILAAP](#)

ICMA International Capital Markets Association

Interessenvertretung verschiedener internationaler privater sowie öffentlicher Finanzmarktakteure (beispielsweise Nationalbanken, Finanzinstitute, Ratingagenturen, Zentralverwahrer oder Anwaltskanzleien) mit Sitz in London.



IDW **Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.**

Verein mit Sitz in Düsseldorf, dessen freiwillige Mitglieder Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind. Seine Fachausschüsse, darunter auch der Bankenfachausschuss (BFA), erarbeiten Verlautbarungen und Positionspapiere mit der Berufsauffassung unter anderem zu Rechnungslegungs- und Prüfungsthemen.

IFRS **International Financial Reporting Standards**

Rechnungslegungsvorschriften für Unternehmen. Diese werden vom International Accounting Standards Board (→ [IASB](#)) herausgegeben. Unabhängig von nationalen Rechtsvorschriften (→ [HGB](#)) sorgen die IFRS für die Erstellung international vergleichbarer Jahres- und Konzernabschlüsse. Die IFRS werden von zahlreichen Ländern zumindest für kapitalmarktorientierte Unternehmen vorgeschrieben.

IFR/MIF-VO **Interchange Fee Regulation**

Verordnung des Europäischen Parlaments (→ [EP](#)) und des Rates vom 29. April 2015 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge (EU-Regulierung von Interbankenentgelten).

ILAAP **Internal Liquidity Adequacy Assessment Process**

Bankinterner Prozess zur Sicherstellung einer angemessenen Liquiditätsausstattung, der eine Refinanzierungsplanung und Stresstests umfasst. Die aufsichtliche Überprüfung des ILAAP ist ein wesentlicher Bestandteil des → [SREP](#). → [ICAAP](#)

IOSCO **International Organization of Securities Commissions**

Internationale Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden. Setzt in Zusammenarbeit mit G20 und → [FSB](#) weltweite Standards für die Wertpapierregulierung.

**NEU IRBA Internal Ratings Based Approach**

Methode zur Ermittlung der → *RWA* für Kreditrisiken, bei der die Banken mit aufsichtlicher Genehmigung mittels interner Ratingverfahren geschätzte Risikoparameter (PD, LGD und CCF) verwenden dürfen.

IRS Internal Revenue Service

Der Internal Revenue Service ist die Bundessteuerbehörde der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und dem Finanzministerium unterstellt.

IRT Internal Resolution Team

Internes Abwicklungsteam. Team aus Mitarbeitern des → *SRB* und der nationalen Abwicklungsbehörden, das im Rahmen des → *SRM* ein → *SI* oder grenzüberschreitend tätiges Institut betreut. IRTs sind insbesondere verantwortlich für die Erstellung von Abwicklungsplänen für Institute.

ISDA International Swaps and Derivatives Association

Verband, dem Teilnehmer aus dem Markt für → *OTC*-Derivate angehören und der das Ziel hat, den Handel mit *OTC*-Derivaten zu vereinfachen. Bekannt ist der Verband dabei hauptsächlich durch die von ihm entwickelten und herausgegebenen *ISDA Master Agreements*, in denen grundlegende vertragliche Verpflichtungen zwischen den handelnden Parteien festgelegt sind. Der Hauptsitz der *ISDA* befindet sich in New York.

ISIN International Securities Identification Number

Internationale Wertpapierkennnummer (→ *WKN*). Zwölfstellige Buchstaben-Zahlen-Kombination zur Identifikation eines Wertpapiers.

**ISLA International Securities Lending Association**

Internationaler Verband, der sich auf die Vertretung seiner Mitglieder im Hinblick auf Wertpapierleihen spezialisiert hat. Er gibt das Global Master Securities Lending Agreement (GMSLA) heraus, einen internationalen Standard zur Dokumentation von Wertpapierleihen.

ISO Internationale Organisation für Normung

Internationale Vereinigung von Normungsorganisationen, die Normen in allen Bereichen erarbeitet, zunehmend auch im Wertpapierbereich (Aufbau der → [ISIN](#) wird in der Norm ISO 6166 beschrieben).

NEU ISSB International Sustainability Standards Board

Gremium der IFRS-Stiftung, das internationale Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung auf Unternehmensebene herausgibt.

ITS Implementing Technical Standards

Technische Durchführungsstandards, die aufgrund expliziter Ermächtigung von der Europäischen Kommission mit dem Ziel erlassen werden, eine einheitliche Anwendung gewisser Bestimmungen im zugrundeliegenden Rechtsakt sicherzustellen; die Finanzaufsichtsbehörden (→ [ESA](#)) liefern dazu die Entwürfe.



J

JC Joint Committee

Gemeinsames Forum zur Kooperation der drei → [ESA](#).

JST Joint Supervisory Team

Gemeinsames Aufsichtsteam aus Mitarbeitern der → [EZB](#) und der nationalen Aufsichtsbehörden, das im Rahmen des → [SSM](#) ein bedeutendes Institut beaufsichtigt. JSTs sind insbesondere für die Durchführung des → [SREP](#) verantwortlich.

JURI Committee on Legal Affairs

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlamentes ist einer der 20 Fachausschüsse des → [EP](#). Er ist unter anderem zuständig für die Erarbeitung von Rechtsakten der → [EU](#) in den Bereichen Zivil- und Handelsrecht, Gesellschaftsrecht und Verfahrensrecht. Ferner fallen die Auslegung, Anwendung und Überwachung des Unionsrechts in die Zuständigkeit des Rechtsausschusses.

K

KID Key Information Document

Vorvertragliche Basisinformationsblätter für Kleinanleger, die es ermöglichen sollen, die grundlegenden Merkmale und Risiken von → [PRIIPs](#) zu verstehen und zu vergleichen.

→ [PRIIPs-VO](#)

KYC Know your customer

Aus dem Englischen: Kenne deinen Kunden. Vorgeschriebene Prüfung der Legitimation von wichtigen Neukunden zur Verhinderung von Geldwäsche.

**LCR** Liquidity Coverage Ratio

Mit Basel III eingeführte Kennziffer zur Messung der Ausstattung einer Bank mit kurzfristig verfügbarer Liquidität. Die LCR soll sicherstellen, dass jede Bank in der Lage ist, ein schweres Stressszenario über einen Zeitraum von 30 Kalendertagen selbstständig zu überstehen. Die Kennziffer entspricht dem Verhältnis des Bestandes an hochliquiden Vermögenswerten zu den Nettozahlungsmittelabflüssen in den nächsten 30 Tagen.

LEI Legal Entity Identifier

Code zur Identifikation von Unternehmen. Erforderlich zum Beispiel für Meldungen nach → [EMIR](#), → [SFTR](#) und → [MiFIR](#) und bei der Emission von Wertpapieren.

NEU **LKSG** Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Das Gesetz verpflichtet Unternehmen branchenübergreifend, im eigenen Geschäftsbereich unternehmerische Sorgfaltspflichten für soziale und Umweltbelange sowie für unmittelbare Zulieferer einzuhalten und die entsprechend notwendigen Prozesse zur Risikosteuerung zu etablieren.

LR Leverage Ratio

Setzt das aufsichtliche Kernkapital einer Bank (Zähler) ins Verhältnis zu ihrem Gesamtengagement (Nenner). Der Wertansatz bilanzieller Positionen orientiert sich an dem für das jeweilige Institut maßgeblichen Rechnungslegungsstandard. Die Leverage Ratio soll als „Backstop“ die risikogewichteten Kapitalquoten ergänzen und muss mindestens 3% betragen.

LSI Less Significant Institution

Weniger bedeutendes Institut. Begriff dient als Abgrenzung der direkten von der indirekten Beaufsichtigung durch die → [EZB](#). → [SI](#)

**LTF Long-Term Finance**

Langzeitfinanzierung. Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für Projekte oder Ähnliches über einen längeren Zeitraum.

LTRO Longer-Term Refinancing Operation

Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft. Offenmarktgeschäft im Eurosystem, das den Banken Zentralbankgeld für eine im Vergleich zu den Hauptrefinanzierungsgeschäften längere Laufzeit zur Verfügung stellt. Im Laufe der Finanz- und Staatsschuldenkrise ging das Eurosystem dazu über, neben diesen herkömmlichen längerfristigen Refinanzierungsgeschäften auch Geschäfte mit anderen Laufzeiten von zum Beispiel einem Jahr und länger (bis zu vier Jahren) anzubieten.



M

MAD Market Abuse Directive

Marktmissbrauchsrichtlinie. Weitgehend abgelöst durch → [MAR](#). Die neue Richtlinie → [CRIM-MAD](#) regelt (nur noch) den strafrechtlichen Sanktionsrahmen bei marktmissbräuchlichem Verhalten.

MAR Market Abuse Regulation

Die Marktmissbrauchsverordnung regelt die Verbote von Insiderhandel und Marktmanipulation für sämtliche auf Finanzmärkten (→ [MTF](#), → [OTF](#), → [RM](#)) gehandelten Finanzmarktinstrumente, auf diese bezogene Derivate sowie den Versuch des Insiderhandels oder der Marktmanipulation. Erfasst sind ebenfalls die Stornierung oder Änderung von Aufträgen aufgrund von Insiderinformationen.

MaRisk Mindestanforderungen an das Risikomanagement

Rahmenvorgaben für ein angemessenes und wirksames Risikomanagement der Institute auf Basis von § 25a KWG. Enthält unter anderem die nationale Umsetzung zahlreicher Vorgaben der → [EBA](#) und des → [BCBS](#), die auf die zweite Säule abstellen.

MiFID Markets in Financial Instruments Directive

Die Finanzmarktrichtlinie enthält umfassende Bestimmungen zur Harmonisierung der Finanzmärkte in der → [EU](#).

MiFID II Markets in Financial Instruments Directive II

Die Finanzmarktrichtlinie II enthält weiterführende Bestimmungen zur Steigerung der Transparenz, Effizienz und Integrität der Finanzmärkte sowie zur Stärkung des Anlegerschutzes in der → [EU](#).

**MiFIR** **Markets in Financial Instruments Regulation**

Die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente enthält unmittelbar in allen Mitgliedstaaten geltende Bestimmungen zur Erhöhung der Transparenz der Finanzmärkte in der → [EU](#).

MMSR **Money Markets Statistics Regulation**

EZB-Geldmarktstatistik-Verordnung. Gegenstand der Geldmarktstatistik sind die von inländischen Monetären Finanzinstituten (MFIs) mit Ausnahme von Geldmarktfonds durchgeführten Transaktionen, die sie in den Segmenten unbesicherter und besicherter Geldmarkt- sowie Devisen- und → [EONIA](#)-Swaps getätigt haben. Meldepflichtig sind einzelne Transaktionen, die mit anderen MFIs, sonstigen Finanzinstituten (OFIs), Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, Staat, Zentralbank (mit Ausnahme von Offenermarktgeschäften und ständigen Fazilitäten) oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, die gemäß dem Basel-III-LCR-Rahmenwerk als Großkunden gelten, durchgeführt wurden. Die Deutsche Bundesbank hat den Kreis der Meldepflichtigen aufgrund einer Ermächtigung durch die EZB-Verordnung auf weitere Meldepflichtige ausgedehnt.

MoU **Memorandum of Understanding**

Vereinbarung, in der zum Beispiel Eckpunkte der Zusammenarbeit oder einer noch abzuschließenden Vereinbarung/eines Vertrages festgelegt werden. Wird unter anderem bei zwischenstaatlichen Vereinbarungen gewählt, da eine Ratifizierung nicht erforderlich ist. Ein MoU zwischen der → [ESMA](#) und den → [NCA](#) ist zum Beispiel Voraussetzung für die Anerkennung von Drittstaaten-CCPs nach → [EMIR](#).

MREL **Minimum Requirements for Own Funds and Eligible Liabilities**

Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten. Vorgabe aus der → [BRRD](#) für alle Kreditinstitute in der EU, seit 2016 über die Eigenmittel hinaus Verbindlichkeiten vorzuhalten, die im Falle einer



Abwicklung zeitnah abgeschrieben oder in Eigenkapital umgewandelt werden können (Bail-in). Die MREL werden als Quote angegeben und institutsindividuell von der zuständigen Abwicklungsbehörde festgelegt. → [SRB](#)

MRO **Main Refinancing Operation**

Hauptrefinanzierungsgeschäft. Ein wöchentliches Offenermarktgeschäft des Eurosystems mit einwöchiger Laufzeit.

MTF **Multilateral Trading Facility**

Multilaterales Handelssystem. Börsenähnliche Handelsplattform, die nach festgelegten Regeln Kauf- und Verkaufsaufträge in Aktien und anderen Finanzinstrumenten zusammenführt. → [OTF](#), → [RM](#)



N

NCA National Competent Authority

Die national zuständige Aufsichtsbehörde eines EU-Mitgliedsstaates. In Deutschland ist dies in der Regel die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

NEU **NFC** Near Field Communication

Die Nahfeldkommunikation ist ein internationaler Übertragungsstandard zum kontaktlosen Austausch von Daten per elektromagnetischer Induktion auf Basis von RFID (Radio-Frequency Identification). Die Übertragung erfolgt in der Regel über kurze Strecken von wenigen Zentimetern und mit geringer Datenübertragungsrate.

NGFS Network for Greening the Financial System

Internationales Netzwerk von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, das sich für ein nachhaltiges Finanzsystem starkmacht. Unter anderem sind darin auch die Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vertreten.

NIS Network and Information Security

EU-Richtlinie zur Gewährleistung einer hohen Netz- und Informationssicherheit. Rahmenbedingungen für das Sicherheitsniveau von kritischen IT-Infrastrukturen sowie das Meldewesen von Vorfällen.

NPE Non-Performing Exposures

Notleidende Risikopositionen. Risikopositionen, die in Übereinstimmung mit Anhang V der Durchführungsverordnung (EU) 2021/451 als notleidend eingestuft werden. Neben Krediten können unter anderem auch Schuldverschreibungen sowie widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen betroffen sein.



NPL Non-Performing Loans

Notleidende Kredite. Ein Kredit gilt als notleidend, wenn seine Rückzahlung unwahrscheinlich erscheint oder eine wesentliche Verbindlichkeit des Schuldners mindestens 90 Tage in Verzug ist und für die Bank daher ein Einzelwertberichtigungsbedarf entsteht.

NRA National Resolution Authority

Für Bankenabwicklung zuständige Abwicklungsbehörde eines EU-Mitgliedstaates. In Deutschland ist dies die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

NSFR Net Stable Funding Ratio

Kennziffer zur Messung der strukturellen Finanzierung einer Bank. Die NSFR soll sicherstellen, dass die Banken ihr längerfristiges Aktivgeschäft durch Mittel refinanzieren, die ihnen länger als ein Jahr zur Verfügung stehen. Die Kennziffer entspricht dem Verhältnis der dauerhaft verfügbaren Finanzierung zu der nach der Dauer ihrer Liquiditätsbindung gewichteten erforderlichen stabilen Refinanzierung. Als dauerhafte stabile Finanzierung gelten Passiva, die der Bank für mindestens ein Jahr zur Verfügung stehen. Die Mindestquote beträgt 100%. Die NSFR-Regelungen sollen mit der CRR II in der → EU umgesetzt werden.

NZU-Umfrage Niedrigzinsumfeldumfrage

Umfrage zur Lage der weniger bedeutenden deutschen Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld.

**OCR Overall Capital Requirement**

Gesamtkapitalanforderung, die sich aus der Summe der → SREP-Gesamtkapitalanforderung (→ TSCR) und der Kapitalpufferanforderung (→ CBR) für verschiedene Zwecke ergibt, ohne Berücksichtigung der Eigenmittelzielkennziffer (→ P2G).

ODR Online Dispute Resolution

Online-Streitbeilegung. Außergerichtliche Streitbeilegung auf elektronischem Weg über eine bei der Europäischen Kommission geführte Online-Plattform bei Meinungsverschiedenheiten über vertragliche Verpflichtungen aus Online-Kaufverträgen oder Online-Dienstleistungsverträgen zwischen einem in der → EU wohnhaften Verbraucher und einem ebenfalls dort niedergelassenen Unternehmer.

OECD Organisation for Economic Co-operation and Development

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Schwerpunkt der OECD ist die Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den 34 Mitgliedstaaten. Sitz ist Paris.

OFAC Office of Foreign Assets Control

Angesiedelt beim US Department of the Treasury. Zuständig für die Verwaltung und Umsetzung von US-Sanktionen.

OGAW Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren

Investmentfonds, die in gesetzlich definierte Arten von Wertpapieren und anderen Finanzinstrumenten investieren (Wertpapierfonds). Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften für diese Fonds und ihre Verwaltungsgesellschaften finden sich in der OGAW-Richtlinie bzw. deren Überarbeitungen. → OGAW V

**OGAW V**

Fünfte Überarbeitung der Richtlinie für Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren. Enthält Regelungen für die Verwahrung von → **OGAW-Fonds** und richtet sich in erster Linie an Stellen, die OGAW-Fonds verwahren. → **UCITS**

OMT **Outright Monetary Transactions**

Geldpolitische Outright-Geschäfte. Programm des Eurosystems zum Ankauf von Staatsanleihen. Im Rahmen des OMT-Programms kann das Eurosystem Staatsanleihen bestimmter Euroländer in vorab nicht explizit begrenzter Höhe auf dem Sekundärmarkt ankaufen. Entsprechende Staaten müssen sich jedoch den Auflagen des → **ESM** unterwerfen.

O-SII **Other Systemically Important Institution**

Anderweitig systemrelevantes Institut. Institut, dessen Zusammenbruch das europäische oder nationale Finanzsystem beeinträchtigen würde. Die zuständigen Behörden bestimmen jährlich anhand bestimmter Kriterien (Größe, wirtschaftliche Bedeutung für den EU-Wirtschaftsraum und den jeweiligen EU-Mitgliedstaat, grenzüberschreitende Aktivitäten und Vernetztheit mit dem Finanzsystem) die als anderweitig systemrelevant zu klassifizierenden Institute. O-SIIs müssen insbesondere strengere Eigenkapitalanforderungen einhalten, damit sie Verluste besser absorbieren können.

OTC **Over the Counter**

Außerbörslicher Handel mit Finanzinstrumenten, deren Ausführung nicht auf einem geregelten Markt im Sinne der → **MiFID** oder auf einem Markt in Drittstaaten erfolgt, der gemäß MiFID als einem geregelten Markt gleichwertig angesehen wird.

OTF **Organised Trading Facility**

Organisiertes Handelssystem. Ein gemäß → **MiFID II** von einer Wertpapierfirma und einem Marktbetreiber betriebener Handelsplatz (nicht geregelter Markt oder ein → **MTF**), auf dem die Interessen einer Vielzahl Dritter am Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten innerhalb des Systems zusammengeführt werden. → **RM**



P

PEP Politisch exponierte Person

In diesem Fall sind aufgrund der Vorgaben der Gesetzgebung zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung verstärkte Sorgfaltspflichten anzuwenden. → [CDD](#)

PEPP Pandemic Emergency Purchase Programme

Von der → [EZB](#) im März 2020 aufgelegtes temporäres Ankaufprogramm für Anleihen öffentlicher und privater Schuldner, wie sie bereits im Rahmen des → [APP](#) gekauft werden. Der EZB-Rat hat im Dezember 2021 die Nettoankäufe des PEPP eingestellt. Bis Ende 2024 können Reinvestitionen der fälligen Tilgungsbeträge aus PEPP-Beständen erfolgen und flexibel wieder angelegt werden, um pandemiebedingten Risiken entgegenzuwirken.

PIB Produktinformationsblatt

Gesetzlich vorgeschriebene Kurzinformation zu Finanzinstrumenten, die Verbrauchern in der Anlageberatung rechtzeitig vor Geschäftsabschluss zur Verfügung gestellt werden muss. Sie soll dazu dienen, Privatanlegern auf einen Blick die wesentlichen Chancen und Risiken von Bankprodukten übersichtlich darzustellen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, die wesentlichen Eigenschaften des Finanzprodukts schnell zu erfassen und verschiedene Anlageprodukte leichter vergleichen zu können.

PRB Principles for Responsible Banking

Sechs Grundsätze zur Ausrichtung des Bankensektors an den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens 2015. Sie sollen dem Bankensektor einen einheitlichen Rahmen bieten, der Nachhaltigkeit auf strategischer, Portfolio- und Transaktionsebene sowie in allen Geschäftsbereichen verankert.



PRIIPs Packaged Retail and Insurance-based Investment Products

Verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte, die einem Anlagerisiko unterliegen. Als verpackt im Sinne der PRIIPs-Verordnung (→ [PRIIPs-VO](#)) gelten alle Anlageprodukte und -verträge, bei denen das Geld der Kunden statt direkt nur indirekt am Kapitalmarkt angelegt wird oder deren Rückzahlungsanspruch auf andere Weise an die Wertentwicklung bestimmter Papiere oder Referenzwerte gekoppelt ist. Dazu gehören strukturierte Finanzprodukte (unter anderem Optionsscheine, die in Versicherungen, Wertpapiere oder Bankprodukte verpackt sind), Derivate, geschlossene und offene Investmentfonds sowie Versicherungsprodukte mit Anlagecharakter (unter anderem kapitalbildende und fondsgebundene Lebensversicherungen).

PRIIPs-VO EU-Verordnung über Basisinformationsblätter für PRIIPs

Mit dieser europäischen Verordnung von 2016 wurden Basisinformationsblätter (Key Information Documents – KIDs) für bestimmte Anlageprodukte eingeführt (→ [PRIIPs](#)). Sie enthält verbindliche Vorschriften zu Form und Inhalt der Basisinformationsblätter und umfassende Informationspflichten. Dazu gehören unter anderem Informationen zu den Risiken des Anlageprodukts, Renditemöglichkeiten, Verlusten, Performance-Szenarien und Kosten. Ziel der Verordnung ist es, den Anlegerschutz zu stärken und durch mehr Transparenz das Vertrauen von Kleinanlegern in den Finanzmarkt herzustellen.

PSD Payment Service Directive

Die Zahlungsdiensterichtlinie beschreibt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Anbieter von Zahlungsdiensten (Zahlungsdienstleister), wie Überweisung, Lastschrift und Kartenzahlung, sowie die zivilrechtlichen Vorgaben für den Vertrag zur Erbringung von Zahlungsdiensten zwischen Bank und Kunde (Zahlungsdiensterahmenvertrag). Die PSD2 aus



dem Jahre 2016 ergänzt die Regelungen der PSD um die neuen Zahlungsdienste, Zahlungsauslösedienste und Konto-informationsdienste, die durch Drittanbieter über den Zugang zum Konto des Kunden abgewickelt werden.

NEU **PSI** **Potenziell systemrelevantes Institut**

Diese Institute werden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank identifiziert und bei bestimmten regulatorischen Anforderungen strenger als andere Institute behandelt. → [G-SII](#), → [O-SII](#)

NEU **PSP** **Payment Service Provider**

Zahlungsdienstleister (Payment Service Provider) sind gemäß der PSD2 bzw. dem ZAG (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz) CRR-/KWG-Institute (Einlagenkreditinstitute), E-Geld-Institute, Zahlungsinstitute („ZAG-Institute“), die → [EZB](#), die Deutsche Bundesbank, andere Zentralbanken in der → [EU](#) sowie der Bund, die Länder, die Kommunen und die öffentlichen Verwaltungen, soweit diese Zahlungsdienste erbringen.

PSPP **Public Sector Purchase Programme**

Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors. Die Zentralbanken des Eurosystems kaufen seit März 2015 Wertpapiere des öffentlichen Sektors wie Staatsanleihen sowie Schuldtitel europäischer Institutionen und Agenturen.

UPDATE **P2G** **Pillar 2 Guidance**

Eigenmittelempfehlung der zweiten Säule gemäß § 6d KWG. Mit der P2G wird ein Kapitalpuffer festgelegt, der dafür sorgen soll, dass die Kapitalanforderungen auch in Stresssituationen eingehalten werden. Die P2G wird im Rahmen des → [SREP](#) auf individueller Basis festgelegt, ist allerdings nicht rechtsverbindlich einzuhalten. In Deutschland wird die P2G auch als Eigenmittelzielkennziffer (→ [EMZK](#)) bezeichnet.

**UPDATE P2R Pillar 2 Requirements**

Zusätzliche Eigenmittelanforderungen der zweiten Säule gemäß § 6c KWG. Mit den P2R werden jene Risiken abgedeckt, die von den Mindestkapitalanforderungen der ersten Säule (→ **CRR**) nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt werden. Die P2R werden im Rahmen des → **SREP** auf individueller Basis festgelegt.

**UPDATE Q&A Questions & Answers**

→ **ESA** veröffentlichen Q&A, um eine einheitliche Auslegung des EU-Aufsichtsrechts durch → **NCA** und Marktteilnehmer zu gewährleisten. Auch **NCA** oder die EU-Kommission erlassen mitunter Q&A.

QE Quantitative Easing (Quantitative Lockerung)

Eine geldpolitische Maßnahme, die darauf abzielt, die langfristigen Zinsen zu senken und zusätzliche Liquidität ins Bankensystem zu schleusen. Bei der Quantitativen Lockerung kauft die Zentralbank in großem Umfang Anleihen an, insbesondere langlaufende Staatsanleihen; das bewirkt in der Tendenz einen Anstieg der Anleihekurse und eine Senkung der entsprechenden Renditen – was wiederum das allgemeine Zinsniveau am Anleihemarkt beeinflusst. Zentralbanken greifen insbesondere dann zu Quantitative Easing, wenn die kurzfristigen Zinsen bereits nahe null sind. Beim Ankauf von Anleihen wird Zentralbankgeld geschaffen, die Menge (Quantität) des Zentralbankgeldes nimmt also zu – daher der Begriff Quantitative Lockerung (im Gegensatz zu einer geldpolitischen Lockerung durch Senkung der Leitzinsen).



R

REA Risk Exposure Amount

Risikobetrag.

RM Regulated Market

Geregelter Markt bzw. gesetzlich geregelter Handelsplatz.

→ MTF, → OTF

RoA Return on Assets

Gesamtkapitalrentabilität. Kennzahl in der Gesamtbanksteuerung zur Beurteilung der Profitabilität eines Instituts, die den Quartals- oder Jahresüberschuss ins Verhältnis zu den bilanziellen Vermögenswerten („Assets“) setzt.

RoE Return on Equity

Eigenkapitalrentabilität. Kennzahl in der Gesamtbanksteuerung zur Beurteilung der Profitabilität eines Instituts, die den Quartals- oder Jahresüberschuss ins Verhältnis zum bilanziellen Eigenkapital („Equity“) setzt.

RTF Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit ist aus ökonomischer Perspektive gegeben, wenn das zur Verlustabsorption bereitgestellte Kapital zur Abdeckung der wesentlichen Risiken ausreicht. Aus normativer Perspektive, die vorrangig über die Kapitalplanung umgesetzt wird, sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen zu erfüllen. Sie wird im Rahmen des → ICAAP ermittelt.

NEU **RTP** Request to Pay

Der RTP ist eine elektronische Zahlungsanforderung, die vom Begünstigten an den Zahler elektronisch übermittelt wird. Der Zahler kann die Zahlungsanforderung ablehnen oder annehmen und daraus eine elektronische Überweisung erstellen. Der RTP wird im → EPC standardisiert.



RTS Regulatory Technical Standards

Technische Regulierungsstandards, die aufgrund expliziter Ermächtigung (Delegierung) von der Europäischen Kommission erlassen werden. Die Entwürfe hierzu liefern die → [ESA](#).

RWA Risikogewichtete Aktiva

Wichtige Bestimmungsgröße für die Ermittlung der Mindesteigenkapitalanforderungen von Banken. Zur Ermittlung der RWA stehen für die einzelnen Risikoarten bestimmte Methoden zur Verfügung. Im Bereich des Kreditrisikos ergeben sich die RWA aus der Multiplikation des Forderungswertes mit dem Risikogewicht, welches das Risiko der Forderung oder des Schuldners widerspiegelt. Bei außerbilanziellen Forderungen muss zur Ermittlung des Forderungswertes der Nominalbetrag mit einem Kreditkonversionsfaktor (CCF) multipliziert werden. Durch die Multiplikation der RWA mit den einschlägigen Kapitalquoten ergeben sich die Mindesteigenkapitalanforderungen.



S

SA-CCR Standardansatz Counterparty Credit Risk

Der Standardansatz für Gegenparteiausfallrisiken dient zur Ermittlung der Risikopositionen in außerbörslich gehandelten (→ **OTC**-)Derivaten, börsengehandelten Derivaten und Derivaten mit langer Abwicklungsfrist sowie damit verbundenen Kapitalanforderungen.

NEU **SCA** Strong Customer Authentication

Um die Sicherheit im Zahlungsverkehr zu verbessern, wurde in der Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt (Payment Services Directive 2, PSD2) die Verpflichtung zur sogenannten „starken Kundenauthentifizierung“ (Strong Customer Authentication) aufgenommen. Damit soll das Risiko eines Betrugs im Zahlungsverkehr oder anderer Missbrauch vermindert werden. Die starke Kundenauthentifizierung schreibt die Authentifizierung über die Verwendung von zwei unabhängigen Faktoren aus den Kategorien Wissen (zum Beispiel Passwort, Code, PIN), Besitz (zum Beispiel Token, Smartphone, Signaturkarte) oder Inhärenz (zum Beispiel biometrische Merkmale wie Fingerabdruck, Stimmerkennung) vor.

NEU **SCT** SEPA Credit Transfer

Mit einer → **SEPA**-Überweisung (SCT) beauftragt ein Zahler seine Bank, einen bestimmten Betrag von seinem Zahlungskonto (Girokonto) auf das Konto eines Zahlungsempfängers zu übertragen – SEPA-weit. Dies kann über bereitgestellte Vordrucke, elektronisch über Dateien oder per Online-Banking durchgeführt werden. Das SEPA-Verfahren wird im → **EPC** standardisiert.

**NEU** **SCT Inst** **SEPA Credit Transfer Instant**

Eine Echtzeitzahlung (SCT Inst) ist eine → [SEPA](#)-Überweisung, die innerhalb von zehn Sekunden ausgeführt wird und dem Zahlungsempfänger anschließend sofort zur Verfügung steht. Derzeit ist die Betragshöhe auf 100.000 Euro beschränkt. Das SEPA-Verfahren wird im → [EPC](#) standardisiert.

SDD **SEPA Direct Debit**

Die → [SEPA](#)-Lastschrift (SDD) ist ein bargeldloses Zahlungsinstrument, bei dem der Zahlungsempfänger unter Einschaltung einer Bank einen Betrag vom Konto des Zahlers abbuchen lässt. Die Lastschrift wird typischerweise bei Zahlungen eingesetzt, die unregelmäßig oder in unterschiedlicher Höhe anfallen. Der Zahlungsvorgang wird dabei – im Gegensatz zur Überweisung – vom Zahlungsempfänger ausgelöst, der im Vorfeld das Einverständnis (Mandat) des Zahlers eingeholt hat. Falls der Zahlungspflichtige mit der Abbuchung nicht einverstanden ist, kann er ihr innerhalb bestimmter Fristen widersprechen. Das SEPA-Verfahren wird im → [EPC](#) standardisiert.

SDG **Sustainable Development Goals**

Im Mittelpunkt der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung 2030 stehen 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs). Sie formulieren, welche gesellschaftlichen Ziele durch nachhaltiges Investment erreicht werden sollten.

SEPA **Single Euro Payments Area**

Mit der Umsetzung von SEPA, dem einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum, wurden in Deutschland neue, europaweit einheitliche Verfahren für den bargeldlosen Zahlungsverkehr (Überweisungen, Lastschriften) eingeführt. Gesetzliche Basis ist die SEPA-Verordnung aus dem Jahre 2012, die eine Abschaltung aller nationalen Verfahren für Überweisung und Lastschrift zum 1. Februar 2014 vorgeschrieben hat. Somit sind seit diesem Datum die SEPA-Zahlverfahren des European Payments Council (→ [EPC](#)) für Über-



weisungen und Lastschriften von Kunden und Banken verpflichtend zu nutzen. Die SEPA-Zahlverfahren können für Euro-Zahlungen in den 27 EU-Staaten, Island, Liechtenstein, Norwegen sowie Monaco, der Schweiz und San Marino eingesetzt werden.

SEPA-Abkommen Single-Euro-Payments-Area-Abkommen

Die fünf Verbände der Deutschen Kreditwirtschaft und die Bundesbanken haben drei SEPA-Abkommen unterzeichnet, die die Mitglieder der Verbände sowie die Bundesbank zur Einhaltung des SEPA-Standards (→ [SEPA](#)) verpflichten. Die drei SEPA-Abkommen sind das DK-Abkommen SEPA-Inlands-echtzeitüberweisung (SIEÜA), das DK-Abkommen SEPA-Inlandsüberweisung (SIÜA) und das DK-Abkommen SEPA-Inlandslastschrift (SILA).

SFDR Sustainable Finance Disclosure Regulation

Die Verordnung zur Transparenz hinsichtlich der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsfaktoren bei Investitionsentscheidungen oder in der Anlageberatung sieht verschiedene Verpflichtungen vor, die unter anderem von Wertpapierfirmen, die Portfolioverwaltung erbringen, einzuhalten sind.

SFT Securities Financing Transactions

Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, beispielsweise Repos oder Wertpapierleihen.

SFTR Securities Financing Transactions Regulation

Die Verordnung über die Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften enthält Bestimmungen für die Meldung von → [SFTS](#) sowie zur Weiterverwendung von als Sicherheit erhaltenen Wertpapieren.

SI Significant Institution

Bedeutendes Institut. Begriff dient als Abgrenzung der direkten von der indirekten Beaufsichtigung durch die → [EZB](#). → [LSI](#)

**SI Systematic Internaliser**

Systematische Internalisierer sind Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die regelmäßig und in organisierter und systematischer Weise Handel auf eigene Rechnung und außerhalb eines Handelsplatzes im Sinne der → [MiFID II](#) durch Ausführung von Kundenaufträgen treiben.

SMP Securities Markets Programme

Programm zum Ankauf von Anleihen – insbesondere von Staatsanleihen – am Sekundärmarkt. Das vom EZB-Rat im Mai 2010 beschlossene Programm wurde im September 2012 durch das → [OMT](#)-Programm abgelöst.

NEU SOFR Secured Overnight Financing Rate

Ein von der Federal Reserve Bank of New York veröffentlichter Zinssatz. Der SOFR ist der durchschnittliche Zinssatz für in US-Dollar (USD) ausgegebene besicherte Kredite mit einer Laufzeit von einem Tag (Overnight). Der SOFR ist eine Alternative zum US-LIBOR-Satz. SOFR ist ein risikofreier Satz nach der → [Benchmark-VO](#).

NEU SONIA Sterling Overnight Index Average

Ein von der Bank of England administrierter Zinssatz. Er ist die Referenz für indexierte Overnight-Swaps für unbesicherte Transaktionen auf dem Sterling-Markt. SONIA ist ein risikofreier Satz nach der → [Benchmark-VO](#).

SRB Single Resolution Board

Ausschuss für die einheitliche Abwicklung. Verantwortliche Abwicklungsbehörde im Rahmen des → [SRM](#) mit Sitz in Brüssel. Kernaufgaben des SRB sind die Erstellung von Abwicklungsplänen, die Festlegung der → [MREL](#), die Vorbereitung von Abwicklungsmaßnahmen und die Verwaltung des EU-Abwicklungsfonds (Bankenabgabe).

**SREP** **Supervisory Review and Evaluation Process**

Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess. Die Aufsichtsbehörden beurteilen im Rahmen des SREP regelmäßig das Geschäftsmodell, die Corporate-Governance-Strukturen sowie die Angemessenheit der Kapital- und Liquiditätsausstattung eines Institutes und legen auf dieser Basis zum Beispiel die → P2R und die → P2G fest. → ICAAP, → ILAAP

SRF **Single Resolution Fund**

Einheitlicher Abwicklungsfonds. Sofern im Abwicklungsfall im Rahmen des → SRM die Verlustabsorption eines Kreditinstitutes mittels eines Bail-in nicht ausreichen sollte, soll der SRF etwaige Abwicklungsverfahren im nächsten Schritt auffangen. Das Zielvolumen des SRF soll mindestens 1% der gedeckten Einlagen aller vom SRM erfassten Institute umfassen und bis Ende 2023 durch vorab erhobene Jahresbeiträge erbracht werden. Der SRF ersetzt die nationale Bankenabgabe und wird vom → SRB verwaltet.

SRM **Single Resolution Mechanism**

Einheitlicher Abwicklungsmechanismus. Der SRM baut auf den Vorgaben der → BRRD zur Sanierung und Abwicklung von Instituten auf und zielt im Kern auf die Errichtung eines für die teilnehmenden Mitgliedstaaten gemeinsamen institutionellen Rahmens. Der SRM stellt die zweite Säule der Bankenunion dar und wird übergeordnet vom → SRB verantwortet.

SRP **Supervisory Review Process**

Aufsichtlicher Überprüfungsprozess. Oberbegriff für den Kern der zweiten Basler Säule, d. h. für den → ICAAP und den → ILAAP, die sich an die Institute richten, und den → SREP, der die Aufsichtsbehörden betrifft.

**SSB** Single Supervisory Board

Das Aufsichtsgremium wurde im Zuge des → **SSM** innerhalb der → **EZB** eingerichtet und übernimmt die Planung, Erörterung und Ausführung der Aufgaben in der Bankenaufsicht. Entsprechende Beschlussentwürfe legt das SSB dem EZB-Rat vor.

SSM Single Supervisory Mechanism

Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus bildet den Rahmen für eine einheitliche europäische Bankenaufsicht. Am SSM nehmen alle Mitgliedstaaten der Eurozone teil. Der SSM stellt die erste Säule der Bankenunion dar und wird übergeordnet von der → **EZB** verantwortet.

STE Short-Term Exercise

Strukturierte, regelmäßige Datenerhebung der → **EZB** im Rahmen des → **SSM** als Ergänzung zum regulären Meldewesen für die Zwecke des → **SREP**.

UPDATE **STS-Verbriefungen** Simple Transparent and Standardised Securitisations (STS)

Einfache, transparente und standardisierte Verbriefungen. Verbriefungspositionen, die bestimmten in der EU-Verbriefungsverordnung (STS-Verordnung) niedergelegten Anforderungen genügen. Für diese Positionen wurden mit der zugehörigen CRR-Änderungsverordnung geringere Kapitalanforderungen eingeführt. Es gelten jeweils spezielle Anforderungen für sogenannte True-Sale- und synthetische Verbriefungen sowie → **ABCP**.



T

TARGET2 Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System

Plattform des Eurosystems zur sicheren und schnellen Abwicklung des elektronischen Individual-Zahlungsverkehrs in Euro innerhalb der Europäischen Union und zur Verrechnung in Zentralbankgeld. TARGET2-Salden sind Forderungen (positiver TARGET2-Saldo) oder Verbindlichkeiten (negativer TARGET2-Saldo) einer nationalen Zentralbank gegenüber der → EZB. Sie entstehen, wenn Geschäftsbanken grenzüberschreitende Transaktionen in Zentralbankgeld über TARGET2 abwickeln.

T2S TARGET2-Securities

Technische Plattform des Eurosystems zur Vereinheitlichung der Wertpapierabwicklung, koordiniert durch die → EZB. Damit wird den europäischen Banken eine einheitliche technische Plattform für einen EU-Binnenmarkt in der Wertpapierabwicklung zur Verfügung gestellt.

TCFD Task Force on Climate-related Financial Disclosures

Eine Expertenkommission des Finanzstabilitätsrats der G20, die Empfehlungen für eine freiwillige Klimaberichterstattung erarbeitet hat. Die TCFD-Empfehlungen wurden bei der Überarbeitung der → CSR-Richtlinie aufgegriffen.

TIBER-EU Threat Intelligence-based Ethical Red Teaming in Europa

Die Notenbanken des Europäischen Systems der Zentralbanken haben im Jahr 2018 mit TIBER-EU ein Rahmenwerk zu „bedrohungsgeleiteten Penetrationstests“ verabschiedet. In diesem werden Regeln und Mindeststandards festgelegt, nach denen Unternehmen ihre Cyberabwehrfähigkeit durch beauftragte Hacker überprüfen lassen können. Die nationale Umsetzung in Deutschland koordiniert die Deutsche Bundesbank in Abstimmung mit der BaFin.

**TLAC Total Loss-Absorbing Capacity**

Verlustabsorptionsfähigkeit. Empfehlung des → [FSB](#) für alle → [G-SII](#), über die Eigenmittel hinaus Verbindlichkeiten vorzuhalten, die im Falle einer Abwicklung abgeschrieben oder in Eigenkapital umgewandelt werden können (Bail-in).

TLTRO Targeted Longer-Term Refinancing Operations

Modifizierte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems. Die Höhe der den Banken gewährten Kredite richtet sich nach deren ausstehendem Kreditvolumen an den nichtfinanziellen privaten Sektor.

TR Transaktionsregister (Trade Repository)

Von → [ESMA](#) zugelassene Dienstleister, die Register zur obligatorischen Meldung von Derivatetransaktionen unter → [EMIR](#) bzw. von Wertpapierfinanzierungsgeschäften unter der → [SFTR](#) bereitstellen.

TSCR Total SREP Capital Requirements

SREP-Gesamtkapitalanforderungen. Die TSCR stellt die von der Bankenaufsichtsbehörde im Rahmen des → [SREP](#) angeordnete Gesamtkapitalanforderung dar. Sie umfasst somit die Mindestkapitalanforderungen (→ [CRR](#)) und die → [P2R](#). → [OCR](#)



U

UCITS Undertakings for the Collective Investment in Transferable Securities

Internationale Bezeichnung für „Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren“. → [OGAW](#)

UNEP FI UNEP Finance Initiative

Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und dem globalen Finanzsektor, die im Anschluss an den Earth Summit von 1992 mit dem Ziel gegründet wurde, Sustainable Finance zu fördern. Die Arbeit von UNEP FI umfasst die Förderung des Dialogs zu → [ESG](#) auf internationaler und auf Länderebene zwischen Finanzfachleuten, Aufsichtsbehörden, Regulierungsbehörden und politischen Entscheidungsträgern.

UPI Unique Product Identifier

Code zur Klassifizierung der Eigenschaften eines derivativen Produktes zur Meldung unter → [EMIR](#).

UTI Unique Trade Identifier

Code zur Identifikation einer bestimmten Transaktion zur Meldung unter → [EMIR](#) und → [SFTR](#).

W

WKN Wertpapierkennnummer

Deutsche sechsstellige Buchstaben-Zahlen-Kombination zur Identifikation eines Wertpapiers.

WM Wertpapiermitteilungen

Organisation zur Vergabe von Wertpapierkennnummern und → [LEI](#) mit Sitz in Frankfurt am Main. → [WKN](#), → [ISIN](#)



Z

Zahlungsdienst

Gemäß ZAG (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz) und abgeleitet aus der PSD2 sind Zahlungsdienste Ein- oder Auszahlungsgeschäfte, das Zahlungsgeschäft in Form des Lastschriftgeschäfts (Lastschrift), das Überweisungsgeschäft (Überweisung), das Zahlungskartengeschäft ohne Kreditgewährung, das Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung, das Zahlungsauthentifizierungsgeschäft, das digitalisierte Zahlungsgeschäft und das Finanztransfergeschäft.

ZAiT Zahlungverkehrsaufsichtliche Anforderungen an die IT

Ergänzend zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken (MaRisk) interpretieren und konkretisieren die ZAiT aufsichtliche Anforderungen an den Zahlungsverkehr gemäß KWG und ZAG sowie von EU-Leitlinien beispielsweise der → [EBA](#) an die IT-Infrastrukturen und Akteure im Zahlungsverkehr.

Impressum

Herausgeber:

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.

Lennéstraße 11, 10785 Berlin

Tel.: +49 30 8192 0

www.voeb.de

Redaktion: Lucie Gebert

Redaktionsschluss: 7. Oktober 2022

Layout: VÖB-Service GmbH, Bonn

Foto: Shutterstock®, Fotograf: Rawpixel.com

5. aktualisierte Auflage



Bundesverband
Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB
Lennéstraße 11
10785 Berlin
Tel.: +49 30 8192 0
presse@voeb.de
www.voeb.de